

Edda-Müller-Archiv

www.bayerischer-anwaltverband.de

How to solve inter-sectoral, global problems?

Difficulties of policy-making - the case of CO₂ reduction in Germany (Vortrag in Tokio) (1992)

How to solve inter-sectoral, global problems?
Difficulties of policy - making - the case of
CO₂-reduktion in Germany

Thesen zum Vortrag von

Dr. Edda Müller
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit, Germany

anlässlich des

Deutsch-japanischen Symposiums
Globale Umwelt- und Energiepolitik
nach Rio - Die Rolle Deutschlands und Japans

am 17./18. November 1992

in Tokyo

These 1:

Japan und Deutschland haben als führende Industrienationen und bedeutende CO₂-Emittenten eine besondere ökologische Verantwortung für die Lösung der zum großen Teil energiebedingten Klimaproblematik. Die Entwicklung und Durchsetzung einer wirksamen CO₂-Minderungsstrategie kann von beiden Ländern als Motor des technischen Fortschritts und als ökonomische Chance genutzt werden.

These 2:

Multilaterale Vereinbarungen im Rahmen der Klimakonvention sind notwendig, um die globale Klimaproblematik wirksam bekämpfen zu können. Der politische Prozeß, in dem dieses zustande kommen kann, muß durch das gute Beispiel einzelner in Gang gesetzt werden. Einzig erfolgversprechend ist die Handlungsmaxime: "Think globally, act locally". Das Warten auf den Beitrag des jeweils anderen bedeutet den Verzicht auf politisches Handeln, währenddessen die globalen Umweltprobleme weiter zunehmen.

These 3:

Die Situation der internationalen Klimapolitik ähnelt in mancher Hinsicht der Situation der nationalen Umweltpolitik. Eine Vielzahl eigenständiger Politikbereiche in Bund, Ländern und Gemeinden sowie zahlreiche autonome gesellschaftliche Akteure müssen zu Entscheidungen und Aktivitäten veranlaßt werden, die zum Teil die Erfüllung ihrer Bereichsinteressen

...

schwieriger machen oder sogar mit kurzfristigen ökonomischen Interessen konfliktieren.

These 4:

Für eine erfolgreiche Steuerung und Koordinierung der notwendigen Handlungsbeiträge sind klare langfristige politischen Zielvorgaben und umfassende Programme notwendig. Sie haben die Funktion eines Leuchtfeuers, das den Handelnden ständig die Richtung für ihre Entscheidungen weist und ihnen Sicherheit gibt für die langfristige Planung des Einsatzes von Kapital und sonstigen Ressourcen.

Das von der Bundesregierung 1990 verabschiedete 25 bis 30 % - CO₂-Minderungsziel bis zum Jahr 2005 (Basisjahr 1987) sowie das ebenfalls von der Bundesregierung verabschiedete CO₂-Minderungsprogramm dienen der Initiierung, Steuerung und Koordinierung eines arbeitsteiligen längerfristigen Prozesses.

These 5:

Eine Reihe günstiger politisch-administrativer Rahmenbedingungen ermöglichte es der deutschen Umweltpolitik, ihren Steuerungs- und Koordinierungsanspruch auf der Ziel- und Programmebene erfolgreich durchzusetzen.

These 6:

Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren bisher vergleichsweise günstig. Das Vertrauen in die Möglichkeit der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch durch technischen Fortschritt prägt die Grundstimmung in der deutschen Wirtschaft. Über die Notwendigkeit einer wirksamen CO₂-Minderungs politik und ihre langfristig insgesamt positiven wirtschaftlichen Effekte herrscht daher in der Bundesrepublik Deutschland ein bemerkenswert hoher Konsens zwischen Wirtschaft und Politik.

These 7:

Zielkonflikte zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen treten - nicht unerwartet - in der Phase der Implementation des CO₂-Minderungsprogramms vermehrt auf. Sie werden verschärft durch eine zunehmend restriktivere nationale Finanzpolitik, sinkende Real-Energiepreise sowie die befürchtete Abflachung der Wirtschaftskonjunktur. Die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen behindern insbesondere die Durchsetzung ökonomischer Instrumente, während sektorspezifische, auch ordnungsrechtliche Einzelmaßnahmen relativ problemlos umgesetzt werden können.

These 8:

Die Notwendigkeit der weitgehend dezentralen Umsetzung des CO₂-Minderungsprogramms ist aus der Sicht der Umweltpolitik

...

nicht nur nachteilig. Sie ist ein Vorteil, wenn es gelingt, daß andere Politikbereiche und Akteure die Zielerreichung zu ihrer Aufgabe machen.

Der Prozeß der CO₂-Minderung ist in der Bundesrepublik Deutschland in Gang gesetzt worden. Ergänzend zu den Maßnahmen der Bundespolitik erarbeiten viele Bundesländer und Gemeinden derzeit eigene CO₂-Minderungsprogramme. Sie orientieren sich dabei an dem Ziel einer CO₂-Verminderung um 25 bis 30 % bis zum Jahr 2005. Der gleiche Prozeß läuft im gesellschaftlichen Bereich. Wirtschaftsverbände, Umweltverbände, Verbraucherverbände, Handwerkskammern, Architektenkammern, der Bildungssektor u.a. diskutieren und praktizieren zielgerichtete Maßnahmen und tragen damit dazu bei, daß der notwendige Umdenkungs- und Umstrukturierungsprozeß voran kommt.

These 9:

In einer Reihe energieintensiver, CO₂-relevanter Politikbereiche spitzen sich die Probleme zu und verlangen nach einer Lösung. Dies gilt z.B. für den drohenden Verkehrsinfarkt in Deutschland, die Reformbedürftigkeit der Agrarpolitik, den Müllnotstand, den Sanierungs- und Modernisierungsbedarf in den Bundesländern sowie zunehmende Schwierigkeiten, die notwendige soziale Akzeptanz bei der Standortsuche für Großanlagen der Energiewirtschaft zu finden. Die Antworten auf diese Probleme werden indirekt positive Auswirkungen auf die deutsche CO₂-Bilanz haben.

These 10:

Auch in Zukunft wird die Rolle der Umweltpolitik und der Umweltadministration bei der Bewältigung der Querschnittsaufgabe CO₂-Verminderung wegen der Eigenständigkeit betroffener Politikbereiche und der Arbeitsteiligkeit des Prozesses in erster Linie darin bestehen, den Handlungsdruck auf die zahlreichen dezentralen Akteure zu erhalten, zielgerichtete Aktionen einzelner Akteure zu unterstützen, auf der programmatischen Ebene politische Richtungsentscheidungen herbeizuführen und die politische Gesamtverantwortung der Bundesregierung für eine aktive Klimaschutzpolitik als Druckpotential zu nutzen.

These 11:

Wirtschaftlicher und technischer Fortschritt profitierten in der Vergangenheit immer von "Engpaßsituationen". Die Verknappung der Ressource "CO₂", d.h. eine aktive Klimaschutzpolitik liegen daher im Interesse einer guten zukunftsorientierten Struktur- und Wirtschaftspolitik. Wenn die Umweltpolitik, die Energiepolitik und die Wirtschaftspolitik in Japan und Deutschland dieser Devise folgen würden, sähe die Zukunft für unseren Planeten weniger düster aus.